

Stand: 24.06.2026 21:08:28

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/25136

"Sofortprogramm Klimaschutz - Handlungsauftrag der Klimakonferenz in Taten umsetzen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/25136 vom 22.11.2022
2. Beschluss des Plenums 18/25247 vom 23.11.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 127 vom 23.11.2022



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Sofortprogramm Klimaschutz – Handlungsauftrag der Klimakonferenz in Taten umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Sofortprogramm für konsequenten Klimaschutz zu starten und damit die längst überfällige Trendumkehr beim Ausstoß von Treibhausgasen in Bayern einzuleiten.

Folgende Punkte sollen in den nächsten sechs Monaten gestartet werden:

1. Ein umfassendes Wärmegesetz und eine Effizienzkampagne wird erarbeitet mit Zielsetzung klimaneutraler Gebäudebestand 2040.
2. Klimaschutz wird als kommunale Pflichtaufgabe festgelegt und alle größeren Kommunen erstellen eine kommunale Wärmeplanung.
3. Für den Ausbau erneuerbarer Energien im Bereich Strom, Wärme und Geothermie wird ein klarer Projektplan mit verbindlichen Jahreszielen aufgelegt.
4. Ein verbindlicher Umsetzungs- und Finanzierungsplan für die Revitalisierung aller staatlichen Moore wird erstellt.
5. Der Dieselausstieg auf der Schiene durch Einsatz alternativer Antriebe wird durch einen Fahrplan festgelegt.
6. Neuer Straßenbau wird gestoppt und die Möglichkeiten für intelligente, digital vernetzte Mobilität von morgen auf den bestehenden Verkehrsnetzen ausgeschöpft.

Begründung:

In der Abschlusserklärung der 27. Weltklimakonferenz wurde festgeschrieben, dass alle Staaten bis zur nächsten Klimakonferenz im November 2023 ihre Ziele für 2030 entsprechend nachbessern sollen, um die Lücke bis zum 1,5-Grad-Pfad zu schließen. Führende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler warnten nochmals eindringlich, dass sich das Fenster schließt, in dem sich die schlimmsten Folgen der Erdüberhitzung noch vermeiden lassen.

In Bayern sind entgegen all dieser Beschlüsse und Warnungen jedoch die energiebedingten CO₂-Emissionen zwischen 2010 und 2019 um 2,2 Prozent auf über 80 Mio. Tonnen jährlichen CO₂-Ausstoß gestiegen. Eine Trendumkehr beim Ausstoß von Treibhausgasen ist bislang nicht erkennbar. Die Staatsregierung hätte aber die Kompetenzen für wichtige Stellschrauben, um den CO₂-Ausstoß in Bayern endlich zu reduzieren und gleichzeitig die Menschen vor Ort durch Bürgerbeteiligung an der neuen Wertschöpfung teilhaben zu lassen.

Der Freistaat hat z. B. in den zentralen Bereichen Wärmeversorgung über die bayerische Bauordnung maßgebliche Kompetenzen. Ein umfassendes Wärmegesetz mit verbindlichen Sanierungszielen für den vermieteten Wohnungsbestand ist notwendig, um einen klimaneutralen Gebäudebestand bis 2040 zu erreichen. Eine breite Energieeinsparkampagne soll dazu führen, dass Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen umfassend sensibilisiert werden. Der parallele Ausbau der Energieagenturen mit dem Ziel, in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt eine Agentur als Anlaufstelle zu haben, ist zentral.

Ebenso hat der Freistaat bei den Kommunen und der Landesplanung die maßgeblichen Regelungskompetenzen, die in diesen Bereichen weit über die des Bundes hinausgehen. Klimaschutz muss kommunale Pflichtaufgabe werden. Die Kommunen müssen tatkräftig mitarbeiten und brauchen entsprechende finanzielle Unterstützung.

Der konsequente Ausbau der erneuerbaren Energien und der Geothermie muss mit einem verbindlichen Fahrplan, Jahreszielen, konkreten Maßnahmen und einer entsprechenden Finanzausstattung versehen werden. Hier liegen Einsparpotenziale von mehreren Millionen Tonnen Treibhausgas pro Jahr und die Chance, sich schnell aus der Abhängigkeit von Gas, Kohle und Öl zu lösen.

In Bayern sind über 30 000 ha Moorfläche in staatlichem Besitz. Nur knapp 4 000 ha davon sind ohne Entwässerung oder renaturiert. Für den Rest dieser Flächen, die auch die Staatsregierung gemäß Entwurf des Klimaschutzgesetzes renaturieren will, ist eine Umsetzungsplanung erforderlich, da die bisherige Geschwindigkeit der Renaturierung mit unter 100 ha pro Jahr bei Weitem nicht ausreicht.

Damit der Freistaat seine Klimaziele im Verkehrssektor erreicht, muss auch auf der Schiene der Dieselantrieb möglichst bald der Vergangenheit angehören. Neben der beschleunigten Elektrifizierung auf stark frequentierten Strecken sind auf Nebenstrecken Züge mit alternativen Antrieben oft das bessere Mittel der Wahl. Es ist zu klären, auf welchen Strecken welche alternative Antriebe wann zum Einsatz kommen sollen.

Straßenaus- und Neubau bringt noch mehr Verkehr und Emissionen in diesem Sektor mit sich. Zudem beanspruchen exzessive Bauvorhaben zu viele lokale Ressourcen und emittieren selbst schon große Mengen an Treibhausgasen. Neben der Verkehrsvermeidung bedarf es Mittel für die Sanierung bestehender Infrastruktur sowie die Umlenkung der Gelder und Planungskapazitäten hin zum ÖPNV und zum Nahverkehr aus eigener Kraft. Eine gut angebundene, vernetzte Logistikinfrastruktur trägt zur Verkehrsverlagerung auf klima- und umweltschonende Alternativen in Bayern effektiv bei.

Bisher hat die Staatsregierung ihre Entscheidungskompetenzen im Bereich Klimaschutz und Energie nicht genutzt und in der geplanten Neuauflage des Klimaschutzgesetzes werden sie weiter sträflich vernachlässigt. Die Abhängigkeiten von fossilen Importen wird so nicht reduziert und die Klimakrise weiter angeheizt. Sechs Maßnahmen in den Bereichen Wärme, Kommunen, erneuerbare Energien, Moore und Mobilität sind in den nächsten sechs Monaten zu starten, um endlich eine Trendumkehr einzuleiten, die Abhängigkeiten fossiler Importe zu reduzieren und die Treibhausgasemissionen in Bayern schnell zu senken.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/25136

Sofortprogramm Klimaschutz – Handlungsauftrag der Klimakonferenz in Taten umsetzen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Uli Henkel

Abg. Markus Plenk

Abg. Manfred Eibl

Abg. Tanja Schorer-Dremel

Abg. Ralf Stadler

Abg. Benno Zierer

Abg. Annette Karl

Abg. Christoph Skutella

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Johannes Becher

Abg. Christian Kligen

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sofortprogramm Klimaschutz - Handlungsauftrag der Klimakonferenz in Taten umsetzen (Drs. 18/25136)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Martin Stümpfig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Alle müssen beim Klimaschutz bis Ende 2023 nachbessern, so die Ansage der Abschlusserklärung der 27. Weltklimakonferenz. Sonst ist die Lücke zum 1,5 Grad-Ziel nicht mehr zu schließen. Zahlreiche Expert*innen haben in diesem Rahmen noch einmal deutlich davor gewarnt: Das Fenster schließt sich. Wenn wir jetzt nicht umsteuern, ist die Einhaltung der Pariser Klimaziele definitiv nicht mehr zu erreichen. Bayern steht hier ganz besonders in der Pflicht; denn die Klimabilanz der Staatsregierung ist katastrophal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zwischen 2010 und 2019 sind die energiebedingten CO₂-Emissionen um 2,2 % auf über 80 Millionen Tonnen angestiegen, in einer Zeit, in der man eigentlich schon längst von einer Reduzierung sprechen müsste.

Wir fordern deshalb heute die Staatsregierung mit unserem Dringlichkeitsantrag auf, ein Sofortprogramm für konsequenten Klimaschutz in den nächsten sechs Monaten zu starten und die längst überfällige Trendumkehr beim Ausstoß von Treibhausgas-Emissionen in Bayern einzuleiten. Bayern hat – das sind jetzt speziell Maßnahmen, bei

denen Sie von der Staatsregierung die Entscheidungskompetenz haben – zum Beispiel bei der Wärme maßgebliche Kompetenzen. Ohne Erfolge im Wärmebereich können Sie die Klimaziele komplett in den Wind schreiben. Aber die Erfolge fallen da eben nicht vom Himmel. Dafür muss man etwas tun. Das wäre zum Beispiel ein Wärmegesetz. Das wäre eine Effizienzkampagne, die notwendig ist und die ihren Namen wirklich verdient. Das wären Energieagenturen in allen bayerischen Landkreisen. Die brauchen wir dringend, damit hier endlich etwas geschieht; denn die Emissionen gerade im Wärmebereich stagnieren seit über zehn Jahren. Da braucht es jetzt endlich handfeste Maßnahmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Gleiche gilt für den zweiten Punkt, die Kommunen. Da kann der Bund keine Anordnungen treffen. Das kann nur die Staatsregierung, das können nur die Länder. – Aber die Staatsregierung macht nichts. Klimaschutz muss kommunale Pflichtaufgabe werden. Größere Kommunen sollen einen Wärmeplan erstellen. Dafür brauchen sie aber finanzielle Unterstützung. Im Entwurf des neuen Klimaschutzgesetzes ist hierzu wieder einmal nichts zu finden. Die Staatsregierung, die CSU und die FREIEN WÄHLER verweigern den Kommunen beim Klimaschutz finanzielle Unterstützung. Sie lassen die Kommunen hier komplett im Starkregen stehen. Das kann man sagen. Wie blamabel ist das denn?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser dritter Punkt: Wir brauchen bei Sonne, Wind und Geothermie endlich einen verbindlichen Fahrplan mit Maßnahmen und Ausbauzielen speziell für die nächsten Jahre, indem wir sagen: Das sind die einzelnen Schritte. Hierzu benötigen wir eine ausreichende finanzielle Ausstattung. Wir haben es hier schon einmal diskutiert: Von 2020 auf 2021 ist die Erzeugung erneuerbarer Energien in Bayern sogar zurückgegangen. Zum Beispiel vor drei Wochen gab es eine Kabinettsitzung an einem Sonntag. Dann hat "Ankündigungs-Ministerpräsident" Söder gesagt: Es gibt mehr Geld für

die Geothermie. – Das hört sich erst einmal gut an. Zwei Tage später haben wir dann herausgefunden: Es geht um 2,5 Millionen Euro mehr Geld für Geothermie, von 5 Millionen auf 7,5 Millionen Euro. – Das ist mehr als lächerlich. Wenn Sie sich einmal mit Geothermie beschäftigten, wüssten Sie: Allein die Voruntersuchung kostet 1,5 Millionen Euro. Der Bau einer solchen Dublette kostet 100 Millionen Euro. Und Sie fangen an mit einer Erhöhung um 2,5 Millionen Euro! Das ist mehr als lächerlich! Diese Showpolitik kann sich Ministerpräsident Söder wirklich sparen. Machen Sie endlich Nägel mit Köpfen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum vierten Bereich, zu den Mooren. Der Freistaat ist Herr über 30.000 Hektar Moorfläche. Aber seine Moore sind zu 90 % denaturiert und entwässert und damit große Treibhausgasschleudern. Höchste Zeit, anzupacken und vor der eigenen Haustür zu kehren! Da ist es einfach, sollte man denken. Wenn man dann aber hinschaut, was passiert, stellt man fest: Die Staatsregierung schafft es gerade einmal, von diesen 26.000 Hektar 100 Hektar pro Jahr zu renaturieren. 100 Hektar! Wenn Sie das hochrechnen, ergibt sich, dass Sie 260 Jahre brauchen, um alle, also nur die staatlichen Moore zu renaturieren. Das wird nur noch getoppt – fällt mir gerade noch ein – von Herrn Bernreiter bei den staatlichen Liegenschaften, wo wir auf 11.000 Dächern gerade mal 400 PV-Anlagen haben. Das passt irgendwie zusammen. Sie machen da einen Unterbietungswettkampf bei der Staatsregierung, wer den schlechteren Klimaschutz macht. Wir fordern jetzt ganz klar ein Programm, dass Sie innerhalb der nächsten 15 Jahre alle staatlichen Moore renaturieren. Da lassen wir Sie als Hausherr nicht aus der Pflicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Punkt, der Verkehrsbereich. Der Verkehrsbereich ist für erschreckend hohe CO₂-Emissionen verantwortlich. Sie bleiben immer auf einem hohen Niveau, im Straßenverkehrsbereich sowieso, und beim Fliegen nehmen die Emissionen Jahr für Jahr

deutlich zu. Wir haben uns heute hier explizit zwei Maßnahmen rausgepickt; da gibt es natürlich schon noch mehr. Eine dieser zwei Maßnahmen ist zum Beispiel, dass mit Dieselantrieb auf der Schiene Schluss sein muss. Die Staatsregierung soll entscheiden, wo wir die Strecken elektrifizieren und wo es sich nicht rentiert, Strecken zu elektrifizieren, weil sie eben weniger frequentiert sind. Dort kommen dann Wasserstoff- und Akkubetrieb. Aber in neuen Ausschreibungen keinen Dieselbetrieb mehr zuzulassen, muss ganz klar sein. Unser Ziel ist hier: Wir wollen, dass in den nächsten sechs Monaten klare Entscheidungen getroffen werden, wo die Elektrifizierung, wo der Akku und wo der Wasserstoffantriebswagen kommt. Unser Ziel ist, dass wir endlich mal die bayerischen Dieselinseln trockenlegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Punkt noch, wieder zum Thema Mobilität, weil diese bei den Treibhausgasemissionen in Bayern einen großen Bereich einnimmt. Mit Straßenausbau und -neubau muss Schluss sein. Das schafft nur neuen Verkehr, neue Emissionen. Der Verkehrsbereich ist eh schon das Sorgenkind beim Klimaschutz. Also endlich die finanziellen Mittel und die Planungskapazitäten aus dem Straßenverkehrsbau rausnehmen und sie in den ÖPNV und Nahverkehr stecken! Wir haben ein sehr gutes bestehendes Verkehrsnetz. Da können wir noch viel mehr ausschöpfen; mit modernen Mitteln, Digitalisierung oder Vernetzung können wir hier ganz viel schaffen, und der Klimaschutz profitiert hier doppelt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Staatsregierung nutzt in keiner Weise ihre Möglichkeiten beim Klimaschutz. Wir sehen auch jetzt wieder bei der Neuauflage des Klimaschutzgesetzes, dass sich hier komplett verweigert wird. Hier sagen wir ganz klar, dass einfach mehr passieren muss.

Für den Klimaschutz tun Sie jetzt nichts. Aber wir sehen einen Bereich, in dem Sie momentan hyperaktiv sind: bei der Inhaftierung von jungen Menschen, die verzweifelt für mehr Klimaschutz protestieren. Da greift die Staatsregierung durch. Da handeln

Sie, aber klar komplett verfassungswidrig. Unsere Fraktionsvorsitzende Katharina Schulze hat es heute klar gesagt: Der verfassungsrechtliche Kompass der CSU ist kaputt. Was für ein unverantwortliches Handeln der Söder-Regierung!

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fazit: Machen Sie endlich Ihre Hausaufgaben beim Klimaschutz! Packen Sie an! Reduzieren Sie die Abhängigkeit Bayerns von fossilen Importen! Hören Sie auf, die Klimakrise weiter anzuhetzen! Halten Sie sich an Recht und Gesetz! Geben Sie mit unseren sechs Maßnahmen den dringend notwendigen Startschuss für mehr Klimaschutz in Bayern!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegen drei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Für die erste erteile ich dem Abgeordneten Uli Henkel von der AfD-Fraktion das Wort.

Uli Henkel (AfD): Geschätzter Herr Kollege Stümpfig, Sie kritisieren den mangelnden Klimaschutz in Bayern. Ich möchte einfach mal festhalten, dass wir hier von der Herzkammer der viertgrößten Volkswirtschaft der Welt sprechen. Die hat auch noch andere Aufgaben als nur das, was Sie jetzt glauben, nach COP 27 leisten zu müssen. Sie sprechen von uns hier in Bayern als einem hochindustriellen Wirtschaftsstandort, der viele Dinge eben einfach nicht in der Geschwindigkeit leisten kann, wie Sie sich das offensichtlich vorstellen; denn wir müssen uns auch um die Menschen in diesem Land kümmern. Deshalb können wir nicht alles immer so in der Geschwindigkeit machen, wie Sie sich das vorstellen. Das ist zumindest mein Standpunkt. Ich bitte Sie noch mal, zu bedenken: Ganz Deutschland umfasst 0,006 % der Erdoberfläche. In ganz Deutschland lebt 1 % der Bevölkerung der Erde. Wir in ganz Deutschland emittieren circa 2 % des menschengemachten CO₂. Selbst wenn wir mit all dem morgen aufhö-

ren würden, würde es nichts ändern. Deshalb, glaube ich, wäre die Fraktion der GRÜNEN gut beraten – –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, Sie haben eine Minute für die Zwischenbemerkung.

Uli Henkel (AfD): – Dann ist meine Zeit zu Ende. – Die Fraktion der GRÜNEN wäre gut beraten, wenn sie auch auf die wirtschaftlichen Interessen und auf die Interessen der Menschen in diesem Land Rücksicht nehmen würde –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Stümpfig, Sie haben das Wort.

Uli Henkel (AfD): – und nicht alles dem Klimaschutz opfern würde.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Die AfD-Fraktion leugnet die Klimakrise. Sie leugnen, dass anthropogene Ursachen dafür verantwortlich sind. Mehr brauche ich dazu nicht zu sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich dem fraktionslosen Abgeordneten Markus Plenk das Wort.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Stümpfig, Sie haben die Renaturierung von staatlichen Mooren angesprochen. Für die Renaturierung von Mooren braucht man viel Wasser. Wo soll dieses Wasser eigentlich herkommen, und wie wollen Sie mit den damit verbundenen ökologischen Nachteilen umgehen?

Martin Stümpfig (GRÜNE): Die Renaturierung von Mooren geht natürlich nicht von heute auf morgen. Das ist ganz klar. Aber wir haben durchaus ab und zu mal wieder auch niederschlagsreichere Zeiten, sodass es gelingen kann, durch die richtigen Maßnahmen Stück für Stück den Moorkörper wieder zu bewässern, dass hier wirklich dieser Abbau gebremst wird. Man wird den kompletten Prozess nicht von heute auf mor-

gen stoppen können. Aber hier kann man wirklich sehr gute Vorkehrungen treffen. Es gibt keinen Bereich, in dem man mit einem Euro Einsatz mehr Klimaschutz erreicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Manfred Eibl von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Stümpfig, Sie predigen von CO₂-Ausstoß und von Einsparungsmöglichkeiten. Welche Partei ist es, die die temporäre Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke verhindert? Wer ist es, der für die Stromerzeugung die Kohlekraft- und Gaskraftwerke hochfährt? Bitte nur eine Antwort: Sind das die GRÜNEN, ja oder nein?

Martin Stümpfig (GRÜNE): Nein, es sind nicht die GRÜNEN,

(Widerspruch und Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

weil ganz klar ist, dass wir dort ausbessern, wo eine Union 16 Jahre lang nichts gemacht hat.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Billig! Billig!)

Herr Eibl, wir haben morgen das Klimaschutzgesetz bei uns im Wirtschaftsausschuss. Im Umweltausschuss vor zwei Wochen hat Ihre Fraktion keinen einzigen Beitrag geleistet, obwohl dreißig Änderungsanträge von GRÜNEN, SPD und FDP vorlagen. Sie verabschieden sich komplett aus dem Diskurs. Der Kollege Beißwenger von der CSU hat zwei, drei Sätze dazu gesagt und die ganzen Änderungsanträge abgelehnt und vom Tisch gewischt.

(Eric Beißwenger (CSU): Das hat genügt! – Zuruf des Abgeordneten Manfred Eibl (FREIE WÄHLER))

Sie verweigern sich dem Klimaschutz, und Sie verweigern sich auch noch der Debatte. Mehr will ich nicht dazu sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist für die CSU-Fraktion die Kollegin Tanja Schorer-Dremel.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Gäste! Anknüpfend an die Ergebnisse der 27. Weltklimakonferenz wird die Staatsregierung im vorliegenden Dringlichkeitsantrag aufgefordert, innerhalb der nächsten sechs Monate nachzubessern beim klimaneutralen Gebäudebestand, beim Klimaschutz als kommunaler Pflichtaufgabe, beim Ausbau erneuerbarer Energien in den Bereichen Strom, Wärme und Geothermie, bei der Revitalisierung aller staatlichen Moore, beim Dieselausstieg auf der Schiene, für die wir eigentlich nicht zuständig sind, und beim Stopp des Straßenausbaus zugunsten intelligenter Mobilitätskonzepte. Begründet wird das Ganze damit, dass es mit den gegenwärtigen Maßnahmen nicht möglich sei, einen angemessenen Beitrag zum Erreichen des 1,5-Grad-Ziels des Pariser Klimaschutzabkommens zu leisten. Der Dringlichkeitsantrag greift zudem zahlreiche Argumente auf, die die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bereits am 31. Mai 2021 mit einem Gesetzentwurf zum Schutz des Klimas und zur Anpassung an den Klimawandel im Freistaat Bayern eingebracht hat. Dieser Gesetzentwurf wurde damals abgelehnt.

Aber im Einzelnen: Im Dringlichkeitsantrag wird gefordert, ein umfassendes Wärmegesetz und eine Effizienzkampagne mit der Zielsetzung klimaneutraler Gebäude bis 2040 zu erarbeiten. Für die Bayerische Staatsregierung sind jedoch die Gesamtemissionen relevant und nicht der Ort ihrer Entstehung. Das Gesetz zur Änderung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes umfasst daher als zentrale Zielsetzung die Klimaneutralität Bayerns bis 2040. Das geht deutlich über die Forderung im Dringlichkeitsantrag hinaus, dass sich dies nur auf den klimaneutralen Gebäudebestand bezieht.

Zudem steht zu bezweifeln, dass Ländern angesichts der Regelungen im Gebäudeenergiegesetz eine eigene Gesetzgebungskompetenz zusteht.

Dann zum nächsten Punkt: Klimaschutz wird in Ihrem Dringlichkeitsantrag als kommunale Pflichtaufgabe festgelegt, und alle größeren Kommunen werden verpflichtet, eine kommunale Wärmeplanung zu erstellen. Dies gilt es abzulehnen; denn detaillierte Vorgaben für Kommunen sind abzulehnen. Sie werden der Praxis kommunaler Entscheidungsprozesse und der Selbstverwaltung der Kommunen nicht gerecht. Blamabel ist hier, Herr Stümpfig, Ihre Ahnungslosigkeit; denn eine Wärmeplanungspflicht würde einen Eingriff in den Artikel 28 Absatz 2 des Grundgesetzes zur garantierten kommunalen Selbstverwaltung

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

und in die Artikel 10 und 11 der Bayerischen Verfassung darstellen. Zudem fehlen die aufgrund des Konnexitätsprinzips bei der Formulierung einer neuen kommunalen Pflichtaufgabe erforderlichen Angaben zur Finanzierung.

Mit dem Gesetz zur Änderung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes ermöglicht die Staatsregierung die erforderliche Flexibilität der Kommunen und stellt eine angemessene Unterstützung kommunaler Klimaschutzmaßnahmen, zum Beispiel durch vielschichtige Förderprogramme des Wirtschaftsministeriums, sicher. Ich glaube, es lohnt sich, hier einmal genauer hinzusehen. Es gibt ein Fördernavi, aber auch genaue Programme des Wirtschaftsministeriums, und da Sie stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses sind, Herr Stümpfig, müssten Sie dies eigentlich wissen.

Zum Ausbau der erneuerbaren Energien: Im Bereich Strom und Geothermie wird ein klarer Projektplan mit verbindlichen Jahreszielen aufgelegt. Das bayerische Gesetz zur Änderung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes leistet einen Beitrag zum Erreichen der Sektorziele des Bundes. Die Formulierung eigener landesbezogener Sektorziele wird aufgrund des Vorrangs der Bundes- vor der Landesgesetzgebung als kontraproduktiv abgelehnt. Wir setzen auf einen effizienten und wirkungsvollen

Klimaschutz ohne Regelungswirrwarr der verschiedenen Ebenen. Für uns stellt sich dies eigentlich als ein Bürokratieaufbau statt als eine Entlastung und zielgerichtete Umsetzung dar.

Das Gesetz zur Änderung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes betont die Bedeutung von Energieeinsparung, effizienter Bereitstellung, Umwandlung, Nutzung und Speicherung von Energie, des Ausbaus erneuerbarer Energien, des energie- und ressourcenschonenden Einsatzes der Informations- und Kommunikationstechnik und digitaler Instrumente sowie der Modernisierung des Verkehrssektors und der energetischen Sanierung des Gebäudebestandes. Im Bayerischen Klimaschutzprogramm finden sich zahlreiche Maßnahmen zur Energieeinsparung, Energieeffizienz und zum Ausbau erneuerbarer Energien wie zum Beispiel PV-Anlagen auf allen geeigneten staatlichen Gebäuden, aber auch die Errichtung von Agri-PV-Pilot- und Forschungsanlagen. Mit der Zielgröße der Klimaneutralität Bayerns bis 2040 sind Sektorziele hinfällig.

Zur Revitalisierung der Moore ist zu sagen, dass die Renaturierung der staatlichen Moorflächen bereits läuft. Ich finde es bedauerlich, dass hier von Ihrer Seite die Maßnahmen, die zum Beispiel von Landschaftspflegeverbänden oder von Kommunen durchgeführt werden, ständig so negativ dargestellt werden. Es gibt Handlungsbedarf, und es wird auch eine Zeit dauern, aber ich darf hier auch das Stichwort Eigentum nicht außer Acht lassen und gleichzeitig auf die ab dem kommenden Jahr vorhandenen Moor-Klimawirt-Programme hinweisen.

Zum Dieselausstieg und zum alternativen Antrieb, Ihrem fünften Punkt: Im Bayerischen Klimaschutzprogramm sind zahlreiche Maßnahmen zur Förderung alternativer Antriebe – eine davon wurde zum Beispiel vor Kurzem auch erst ausgezeichnet – vorhanden. Es gibt auch die Elektrifizierung von Regionalstrecken im bayerischen Eisenbahnnetz. Hier wird schon agiert. Bei Ihrem neuen Mobilitätskonzept soll neuer Straßenausbau gestoppt werden. Die Möglichkeiten für intelligente, digital vernetzte Mobilität von morgen sollten auf den bestehenden Verkehrsnetzen ausgeschöpft wer-

den. Wir haben bereits zahlreiche Maßnahmen zur Förderung alternativer Antriebe, zum Beispiel Klimabusse oder Umrüstungen im ÖPNV. Ein Stopp jedweden Straßenausbaus wird dem Mobilitätsbedarf eines Flächenlandes und den ländlichen Regionen Bayerns nicht gerecht. Das ist eine Forderung, die eindeutig den ländlichen Raum benachteiligt. Diesen Weg gehen wir nicht mit.

Fazit: Viele der im Dringlichkeitsantrag enthaltenen Forderungen sind bereits im Bayerischen Klimaschutzgesetz enthalten. Wir lehnen Ihren Dringlichkeitsantrag daher ab, auch weil er aus unserer Sicht in Teilen nicht im Einklang mit der Verfassung steht bzw. weil wir einen weiteren Bürokratieaufbau verhindern wollen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das war mir klar.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bevor ich dazu Herrn Kollegen Martin Stümpfig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteile, gebe ich bekannt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Dringlichkeitsantrag betreffend "Sofortprogramm Klimaschutz – Handlungsauftrag der Klimakonferenz in Taten umsetzen" auf Drucksache 18/25136 namentliche Abstimmung beantragt hat.

Herr Kollege Stümpfig, Sie haben das Wort für Ihre Zwischenbemerkung.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Frau Kollegin, ich habe zwei Fragen. Sie haben wieder aufgezählt, was die Staatsregierung alles tut. Dazu die einfache Frage: Warum steigen die CO₂-Emissionen in Bayern immer weiter, obwohl die Staatsregierung nach Ihrer Rede hier so viel umsetzt? Dies wäre die erste Frage.

Vor der zweiten Frage ein Kommentar vorneweg: Wir sehen jetzt, mit der Verfassung hat es die CSU nicht so. Das muss man klar feststellen. Sie sagen, kommunale Wär-

meplanung würde gegen die Verfassung verstoßen. Blicken Sie nach Baden-Württemberg. Baden-Württemberg hat das umgesetzt. Dort betreiben die Kommunen kommunale Wärmeplanung. Das ist im Klimagesetz vorgeschrieben. Sagen Sie hier und heute, Baden-Württemberg verstößt mit dieser Regelung gegen die Verfassung?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Da ich das Gesetz von Baden-Württemberg nicht kenne, werde ich auch kein Urteil dazu abgeben. Ich sage nur, dass zum jetzigen – – Bitte?

Martin Stümpfig (GRÜNE): Eine Vorbereitung auf die Rede hätte geholfen.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist ein guter Hinweis, aber es wäre Ihnen auch geholfen gewesen, wenn Sie sich – bevor Sie den Antrag gestellt hätten – einmal kundig gemacht hätten, was das Grundgesetz bzw. die Bayerische Verfassung sagt. Diesen Ball können wir jetzt hin und her spielen. Aus meiner Sicht – das sage ich Ihnen ehrlich – sind die Maßnahmen, die wir im Bayerischen Klimaschutzgesetz ergriffen haben und die auf freiwilliger Basis auch in der Breite in den Kommunen umgesetzt werden, wesentlich effizienter und vor allen Dingen wesentlich besser umzusetzen, als wenn man durch Ihre ständigen staatlichen Vorgaben den Kommunen im Endeffekt Fesseln anlegt, sodass sie nicht so agieren können, wie sie wollen. Wir sind der Überzeugung, dass durch Freiwilligkeit deutlich mehr Klimaschutz erreicht wird als durch Ihre ordnungsrechtlichen Vorgaben.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Ralf Stadler für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren! Die grüne Außenministerin Baerbock kennt Länder, die Hunderttausende von Kilometern entfernt liegen, Panzerschlachten im 19. Jahrhundert, Elektroautos für arme Bürger usw. Heute ist der Moment, wo wir uns ehrlich fragen müssen: Was sind die Folgen für mein Land, für mein Nachbarland oder ein Land, das Hunderttausende von Kilometern entfernt liegt? – Dies war ihre Aussage in Sharm El-Sheikh. Die weiteste Entfernung hatten die Neuseeländer mit circa 18.335 Kilometer. Für die GRÜNEN können die Länder, die sie mit unseren Steuergeldern unterstützen wollen, anscheinend nicht weit genug weg sein. Stellt euch nur einmal vor, man entdeckt eine mit den GRÜNEN vergleichbare Intelligenz bei einem unserer Nachbarplaneten! Die Unterstützungszahlungen würden sogar das, was wir seit 2014 an die Ukraine und 2015 für die Migrationspolitik verpulvert haben, in den Schatten stellen.

Mich interessieren aber in erster Linie unser Land und unsere Bürger sowie die Frage, ob sie noch genügend Gas, Wasser und Strom haben, um zu heizen oder das Licht anzuschalten, und ob sie von ihrem Arbeitseinkommen noch anständig leben können, geschweige denn mit ihrem Auto zur Arbeit fahren können. Dies sollte eigentlich alles selbstverständlich sein, aber seit die Ampel regiert, ist in unserem Land nichts mehr normal. Jetzt machen Sie schon Panik wegen drohender Blackouts, die es ohne Ihre Hauruck-Energiewende gar nicht erst gäbe, während in Katar zur Fußball-WM die Stadien von fünfzig auf zwanzig Grad heruntergekühlt werden und debattiert wird, mit welcher Binde unsere Kapitäne auflaufen.

(Klaus Adelt (SPD): Langt schon!)

Das, was Sie in Ihren Punkten fordern, ist das, was die durchgeknallten Klimahysteriker in der EU mit dem Green Deal bereits lange geplant haben. Das wollen Sie jetzt sofort in sechs Monaten in Bayern umsetzen. Ihr führt euch auf wie ein schreiendes Kind, das an der Supermarktkasse noch ein Zuckerl möchte.

In der Aufzählung reden Sie von Plänen, Pflicht und Programm – das ist kein Zufall! Sie wollen eine grüne Plan- und Zwangswirtschaft. Danach werden Eigenheimbesitzer gezwungen, ihr Geld in ihr bestehendes Gebäude zu stecken und nach deren Vorstellungen umzubauen, während die GRÜNEN mit ihren Waffenlieferungen zulassen, dass ganze Dörfer und Städte in Schutt und Asche gelegt werden. Wie viele hier oder dort mit ihren Ideologien an den Rand der Existenz gebracht werden, ist diesen Scheinheiligen völlig egal.

Das Sofortprogramm müsste eigentlich lauten: Den grünen Irrsinn sofort beenden, Bildungspflicht für grüne Jugend und Politiker, Klimaterroristen einsperren, GRÜNE abwählen und unsere Bürger mit bezahlbarer Heizung und Strom unterstützen, statt unser Geld in der ganzen Welt zu verteilen. So schaut es aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Nächster Redner ist der Abgeordnete Benno Zierer von der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Der besorgniserregendste Satz in der Abschlusserklärung der Weltklimakonferenz steht unter Ziffer 16. Da steht, dass mit den zuletzt von allen Staaten beschlossenen Maßnahmen der globale CO₂-Ausstoß nur um 0,3 % unter dem Niveau von 2019 liegt. Das genügt nicht, um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen. Das ist umso schlimmer, als in dieser Bestandsaufnahme der Sondereffekt des Corona-Knicks mit eingerechnet sein müsste; denn durch die Pandemie sind die weltweiten Emissionen zurückgegangen, zum Beispiel um 5,4 % im Jahr 2020.

Bayern ist entschlossen, seinen Beitrag zur globalen Herkulesaufgabe Klimaschutz zu leisten. Das nachgebesserte Klimaschutzgesetz werden wir bald verabschieden. Die Frage ist jetzt: Bringt uns das, was Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der GRÜNEN-Fraktion, in Ihrem Dringlichkeitsantrag fordern, irgendwie weiter? Die Forderungen

gen sind nicht einmal neu. Das alles kennen wir schon aus Ihren Gesetzentwürfen vom April 2018, Juni 2019 und Mai 2021. Da haben wir Ihnen schon klargemacht, dass Ihre Forderungen nicht zielführend sind.

Sie wollen ein Sofortprogramm innerhalb von sechs Monaten. Dazu hätte ich gleich eine Frage: Was ist mit dem Klima-Sofortprogramm des Bundes? – Das war doch auch schon lange angekündigt, soll jetzt im Frühjahr kommen. Das mit den sechs Monaten hat dort auch nicht so ganz geklappt. Wird dieses Programm jetzt nachgebessert? Sorgen Sie doch da, wo die GRÜNEN mitregieren, dafür, dass die Hausaufgaben gemacht werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Den Dieselausstieg treiben wir im Übrigen schon lange mit Volldampf voran, damit das mit dem Dampf aufhört. Auch den Fahrplan gibt es bereits: 850 Kilometer Eisenbahnstrecke sollen bis 2035 elektrifiziert werden. Bis 2040 fahren auf den Strecken, die nicht elektrifiziert sind, hoffentlich Wasserstoffzüge oder Akku-Hybrid-Fahrzeuge. Hier ist auch die Industrie gefordert, für diese Vorgaben zu produzieren.

Über Ihre Forderung zum Straßenneubau kann ich mich nur wundern. Sie wissen doch genau, dass das Bayerische Klimaschutzprogramm zahlreiche Maßnahmen zur Förderung alternativer Antriebe enthält. Ein sofortiger Stopp würde dem Mobilitätsbedarf auf dem Land in keiner Weise gerecht werden. Was aber noch schwerer wiegt: Ein Stopp des Neubaus würde jegliches Wachstum im Bereich von Wohn- und Gewerbeflächen zum Erliegen bringen. Ja, diese Gebiete sind witzigerweise auch durch Straßen erschlossen. Aus demselben Grund könnten auch keine neuen Windkraft- oder Solaranlagen mehr errichtet werden.

Zum Ausbau erneuerbarer Energien kann ich Ihnen sagen, dass wir durch das neue Bayerische Klimaschutzgesetz einen Beitrag zum Erreichen der Sektorziele des Bundes leisten. Die Formulierung eigener, landesbezogener Sektorziele lehnen wir auf-

grund des Vorrangs der Bundesgesetzgebung als kontraproduktiv ab. Wir setzen auf einen effizienten und wirkungsvollen Klimaschutz.

Zum Schluss möchte ich noch auf die Moore eingehen. Ein Großteil der Moore ist in Privatbesitz; den gilt es natürlich auch zu schützen. Darum brauchen wir hier eine intensive Diskussion, um die Landwirte mitzunehmen. Der Staat muss vorangehen – völlig klar. Aber auch dort wird sich zeigen, wie schwierig allein die Umsetzung sein wird bei der Vermarktung, bei der Aufstauung. Es wird seine Zeit brauchen. Wir von den FREIEN WÄHLERN möchten die Landwirte und die Nutzer mitnehmen und erarbeiten mit ihnen zusammen alternative Nutzungskonzepte wie zum Beispiel Paludikulturen oder Ähnliches. Aber auch hier muss die Vermarktung stimmen.

Aus all diesen Gründen ist Ihr Antrag überflüssig und wird abgelehnt. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Ich gebe noch bekannt, dass zu Tagesordnungspunkt 8, Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Gasförderung in Bayern – Alle Optionen müssen auf den Tisch!", Drucksache 18/23385, die FDP-Fraktion ebenfalls namentliche Abstimmung beantragt hat.

Nächste Rednerin ist Annette Karl für die SPD-Fraktion. – Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Zunächst einmal: Der bundesweite Vorlesetag war bereits Freitag.

(Heiterkeit bei der AfD)

Jetzt zum Antrag: Effizienter Klimaschutz – ich denke, da sind wir uns alle einig – ist wichtiger denn je, gerade auch in der veränderten Weltlage, in der wir es mit so vielen Herausforderungen zu tun haben. Umso mehr ist halt auch Bayern aufgefordert, das

Seine auf seiner Ebene und in seiner Zuständigkeit beizutragen. Wir haben als SPD-Fraktion dazu bereits Mitte des Jahres eine Menge Vorschläge vorgelegt, zum Beispiel den Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe, eine Erhöhung der Sanierungsquote bei privaten Gebäuden und die Zündung eines Geothermie-Turbos. Die GRÜNEN haben in ihrem Antrag viele Punkte aufgegriffen. Wir unterstützen dies natürlich, und wir unterstützen auch ausdrücklich einen konkreten Umsetzungsplan für all diese Maßnahmen und überprüfbare zeitliche Ziele; denn nur so kann letztlich eine Erfolgskontrolle durchgeführt und möglicherweise nachgesteuert werden.

Probleme haben wir allerdings mit Punkt 6 dieses Antrags – ich zitiere –: "Neuer Straßenbau wird gestoppt [...]". Das ist für uns zu ausschließlich. Selbstverständlich sind wir für eine optimale Nutzung bestehender Verkehrsnetze und auch für eine Vorfahrt für den SPNV, aber in dieser Formulierung haben die GRÜNEN leider wieder ihre rein städtische Brille aufgesetzt, und natürlich gibt es in einer Großstadt wie München genügend Straßen,

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

da brauche ich keine neuen mehr zu bauen. Auf dem Lande sieht das ein Stück weit anders aus.

Drei kurze Bemerkungen dazu: Wenn ich ein Windrad im Wald aufstelle, wie kommen die Bauteile ohne Straße dahin? Wenn eine neue Schule gebaut wird außerhalb des Dorfes, kommen die Schüler dann mit dem Hubschrauber statt mit dem Schulbus in die Schule? Was noch ganz wichtig ist: Wir haben noch viele alte Straßen mit extremen Unfallschwerpunkten; auch da muss mal ab und zu eine Kurve neu gebaut werden, um Menschenleben zu schützen. Deshalb bitten wir darum, diesen Punkt umzuformulieren oder zu streichen, ansonsten müssten wir uns leider enthalten.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion der Kollege Christoph Skutella. Sie haben das Wort.

Christoph Skutella (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die GRÜNEN nehmen den Abschluss der Klimakonferenz zum Anlass, auch die bayerische Klimapolitik zu kritisieren.

(Unruhe)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Darf ich um etwas mehr Ruhe im Plenum bitten? Wenn Sie sich unterhalten wollen, bitte ich Sie, nach draußen zu gehen. – Herr Kollege, bitte schön.

Christoph Skutella (FDP): Sie nehmen den Abschluss der Klimakonferenz zum Anlass, die bayerische Klimapolitik zu kritisieren. Grundsätzlich sind wir da immer mit dabei. Sie haben schon den Ausschuss erwähnt und die Änderungsanträge zum Bayerischen Klimaschutzgesetz. Es fehlt an Monitoring, Effizienz und Weitsicht in diesem Gesetz. Das haben wir auch im Umweltausschuss deutlich gemacht und immer wieder kritisiert. Aber was Sie nun vorlegen, macht es jetzt nur wenig besser.

So soll Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe festgelegt werden, ohne auch nur ein Wort darüber zu verlieren, was das eigentlich ungefähr an Kosten verursacht, die dem Freistaat entstehen würden.

Ein umfassendes Wärmegesetz soll vorgelegt werden, das den kompletten Gebäudebestand bis 2040 klimaneutral gestalten soll. Sehr geehrte Damen und Herren, das sind 18 Jahre. Wenn wir es in einem kürzeren Zeitraum noch nicht mal schaffen, Stromtrassen zu bauen, wie sollen wir es dann schaffen, in 18 Jahren den gesamten Gebäudebestand klimaneutral umzubauen? – Ich habe da große Zweifel. Er umfasst Tausende Gewerbeeinheiten, kommunale Einrichtungen und vor allem Millionen von Mietwohnungen und Wohnhäusern, bei denen die Wärmeversorgung samt Technik geplant und umgestellt werden muss. Die Fachkräftethematik will ich da jetzt noch gar

nicht mit reinbringen. Es muss ja alles noch installiert werden. Wie soll das in so kurzer Zeit geschehen, geschweige denn finanziert werden? – Das lassen Sie leider offen, und ich habe da auch große Zweifel.

Kollegin Karl hat einen weiteren Kritikpunkt angesprochen. Das ist das Verbot des Straßenneubaus. Natürlich möchten auch wir der Modernisierung und Instandhaltung Vorrang gegenüber dem Neubau geben. Aber der Mobilitätsbedarf wird auch in Zukunft weiter wachsen, und dafür brauchen wir eine intakte, moderne und bedarfsgerechte Infrastruktur. Den Straßenneubau pauschal auszuschließen, obwohl der Bedarf vorhanden ist, kann nicht unser Ziel sein, gerade für die Bürgerinnen und Bürger in den ländlichen Räumen.

Wir setzen auf internationalen Klimaschutz, wir setzen auf Klimapartnerschaften. Das kennen Sie alles aus dem Umweltausschuss.

Das Thema Moore, das Sie auch angesprochen haben, Herr Kollege Stümpfig, und das Thema "Diesel im Schienenverkehr", die sind jetzt wahrlich nichts Neues. Dazu steht jetzt auch nichts akut Dringliches in diesem Antrag, was separat behandelt werden müsste. Dazu hatten wir Anhörungen und Anträge. Generationen von Abgeordneten vor mir haben schon die Elektrifizierung der Schiene gefordert. Ich glaube, da könnte man mitgehen. Aber insgesamt ist der Antrag einfach viel zu weitreichend und auch viel zu ungewiss in der finanziellen Umsetzung. Deswegen werden wir ihn ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Der Abgeordnete Johannes Becher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Skutella, Sie haben ausgeführt, dass man bezüglich des Themas "Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe"

die Kosten für den Staat nicht beziffert habe. Die eine Frage ist immer: Was kostet es, keinen Klimaschutz zu machen? – Darauf sage ich: deutlich mehr. Die andere Sache ist: Wenn es der Staat nicht bezahlt oder wenn er die Kommunen nicht unterstützt, wer zahlt es denn sonst? – Sollen die Kommunen die ganzen Klimaschutzmaßnahmen alleine zahlen, die Klimaanpassung, alles, was da noch kommt?

Die Kommunen sind zuständig für Gewässer dritter Ordnung. Da sind Starkregenerereignisse, da ist der Feuerwehrausbau, da sind so viele Themen mit drin, dass wir eigentlich sagen müssten, dass wir die Kommunen doch dringend beim Klimaschutz unterstützen müssen. Für mich ist das eine kommunale Pflichtaufgabe, die jetzt sehr wohl konnexitätsrelevant ist. Die Kommunen brauchen beim Klimaschutz staatliche Unterstützung. Ansonsten wird das die Kommunen in der Praxis überfordern, und das kann nicht das Ziel der FDP sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Christoph Skutella (FDP): Geschätzter Kollege Becher, in der Analyse sind wir da überhaupt nicht weit auseinander. Selbstverständlich muss der Staat die Kommunen hier auch unterstützen. Aber uns muss dann schon auch klar sein, was wir dafür in den Haushalt reinschreiben. Da fehlt mir einfach die Ehrlichkeit zu sagen: Das und das stellen wir uns vor. All die Themen, die Sie im Bereich der Klimaanpassung genannt haben, sind kommunale Aufgaben, die wir hier auch schon leider anlässlich von etwas unglücklichen oder sehr tragischen Ereignissen öfter diskutiert haben. Aber da müssen wir dann auch ehrlich sagen: Wir erwarten das, das und das von den Kommunen, und wir finanzieren das so, so und so.

Ich glaube nicht, dass der Kollege Finanzminister irgendwo eine Goldschatulle versteckt hat, die er den Kommunen vorenthalten möchte. Ich glaube, diesen Punkt lohnt es sich tatsächlich zu diskutieren. In der Analyse sind wir da nicht weit weg voneinander.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun der fraktionslose Abgeordnete Klingen.

(Beifall eines Abgeordneten)

Christian Klingen (fraktionslos): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Mit ihrem "Sofortprogramm Klimaschutz" wollen uns die Grün*innen ein ganzes Bündel an Maßnahmen aufzwingen, deren Wirksamkeit in hohem Maße fragwürdig ist: Straßenbau stoppen, Dieselausstieg auf der Schiene, ein Wärmegesetz – was immer das auch bedeuten soll. Der weitere Ausbau von erneuerbaren Energien darf natürlich auch nicht fehlen, obwohl im letzten Jahr mit den Erneuerbaren weniger Ertrag erwirtschaftet wurde. Allein bei der Windkraft wurde ein Minus von 11 % verzeichnet.

All die geforderten Maßnahmen sollen angeblich Einsparpotenziale von mehreren Millionen Tonnen Treibhausgas pro Jahr ermöglichen. Auf welche belastbaren Quellen berufen sich die Grün*innen da eigentlich?

Was der Antrag dezent verschweigt, ist, was uns der ganze Wahnsinn kosten soll. Und wie soll er finanziert werden? – Mit noch mehr Steuern, Umlagen und Abgaben für die Bürger und Unternehmen, die ohnehin nicht mehr wissen, wie sie die horrenden Preise für ihren täglichen Bedarf an Energie bezahlen sollen? Allein für Strom fallen mittlerweile 51 % an Gebühren an. Für Gas sind es fast 40 %.

Da Deutschland das einzige Land auf der Welt ist, das gleichzeitig aus Kohle, Gas, Öl und Atomkraft aussteigen will, steigt auch die Gefahr eines Blackouts. Das ist ein absolut hausgemachtes Problem. So ein Blackout hätte schlimmere Folgen, als es sich die meisten Menschen vorstellen können. Wir würden innerhalb weniger Tage ins Mittelalter zurückkatapultiert.

Das ist noch dazu ein unnötiges Risiko: Das angeblich rohstoffarme Deutschland hätte für mehrere Jahrhunderte Braun- und Steinkohle im Boden und funktionierende Atom-

kraftwerke, die preiswerte und saubere Energie liefern könnten. Außerdem gibt es in unserem Nachbarbundesland Sachsen Uranvorkommen und seltene Erden. Wir müssten das alles nur nutzen.

Ich lehne diesen Antrag selbstverständlich ab. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall eines Abgeordneten)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Diese führen wir in namentlicher Form durch. Es geht um den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 18/25136. Ich eröffne die Abstimmung.

(Zurufe: Es geht nicht!)

– Wir hören es. Wir haben genügend Zeit, bis das funktioniert und dann alle abstimmen können.

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben offensichtlich ein Problem mit dem WLAN. Wir brechen die Abstimmung an diesem Punkt ab und werden sie zu einem späteren Zeitpunkt nachholen.

(Anhaltende Unruhe)

Wie gesagt: Wir brechen die Abstimmung ab und holen sie nach, wenn wir technisch dazu in der Lage sind. Wenn sich jetzt alle wieder entspannen und ruhiger werden, dann kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf den Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER – –

(Anhaltende Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um etwas Ruhe.

Ich rufe den Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion, betreffend "Verkaufsdruck durch Immobilienneubewertung ab 01.01.2023 vermeiden!", Drucksache 18/25137 – –

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten – Zurufe: Jetzt geht es!)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben die Abstimmung abgebrochen und werden sie zu einem späteren Zeitpunkt nachholen.

Wir sind jetzt beim nächsten Tagesordnungspunkt, beim Dringlichkeitsantrag – –

(Zurufe)

– Ich bin noch nicht fertig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist toll, dass etwas geht. Aber das, was jetzt geht, geht nicht. Wir machen jetzt nämlich mit dem nächsten Tagesordnungspunkt weiter und wiederholen die Abstimmung später, wenn es technisch tatsächlich wunderbar geht.

(...)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun zur vorhin verschobenen namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Sofortprogramm Klimaschutz – Handlungsauftrag der Klimakonferenz in Taten umsetzen", Drucksache 18/25136. Wir führen diese in der alten, aber nach wie vor funktionierenden Form mit Karte durch. Ich eröffne die Abstimmung für die Dauer von fünf Minuten. Es gibt Boxen an den Ausgängen und eine Box am Rednerpult.

(Namentliche Abstimmung von 18:33 bis 18:38 Uhr)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung von vorhin bekannt: Sie war zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Sofortprogramm Klimaschutz – Handlungsauftrag der Klimakonferenz in Taten umsetzen", Drucksache 18/25136. Mit Ja haben 30 gestimmt, mit Nein 111. Stimmenthaltungen gab es 13. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 23.11.2022 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Sofortprogramm Klimaschutz - Handlungsauftrag der Klimakonferenz in Taten umsetzen (Drucksache 18/25136)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			X	Fackler Wolfgang		X	
Adje Benjamin	X			Dr. Faltermeier Hubert		X	
Aigner Ilse		X		Fehlner Martina			X
Aiwanger Hubert				Fischbach Matthias		X	
Arnold Horst			X	Flierl Alexander		X	
Atzinger Oskar		X		Flisek Christian			
Aures Inge			X	Franke Anne			
Bachhuber Martin		X		Freller Karl			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Friedl Hans		X	
Bauer Volker		X		Friedl Patrick	X		
Baumgärtner Jürgen				Fuchs Barbara	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Füracker Albert			
Bayerbach Markus		X		Gehring Thomas	X		
Becher Johannes	X			Gerlach Judith			
Becker Barbara		X		Gibis Max		X	
Beißwenger Eric		X		Glauber Thorsten			
Bergmüller Franz				Gotthardt Tobias		X	
Blume Markus				Gottstein Eva			
Böhm Martin				Graupner Richard		X	
Bozoglu Cemal	X			Grob Alfred		X	
Brandl Alfons		X		Güller Harald			
Brannekämper Robert		X		Guttenberger Petra		X	
Brendel-Fischer Gudrun				Häusler Johann		X	
von Brunn Florian				Hagen Martin		X	
Dr. Büchler Markus	X			Prof. Dr. Hahn Ingo			
Busch Michael				Halbleib Volkmar			
Celina Kerstin	X			Hartmann Ludwig	X		
Dr. Cyron Anne		X		Hauber Wolfgang		X	
Deisenhofer Maximilian				Haubrich Christina	X		
Demirel Gülseren	X			Hayn Elmar	X		
Dorow Alex		X		Henkel Uli		X	
Dremel Holger		X		Herold Hans		X	
Dünkel Norbert		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Duin Albert		X		Herrmann Joachim		X	
Ebner-Steiner Katrin		X		Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard				Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Eibl Manfred		X		Hierneis Christian	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute				Hiersemann Alexandra			
Eisenreich Georg		X		Hintersberger Johannes			
Enders Susann		X		Högl Petra		X	
Enghuber Matthias		X		Hofmann Michael		X	
				Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette			X
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia			
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha			X
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Lorenz Andreas		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris			X
Regitz Barbara			
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			X
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			X
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone			X
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif			X
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			X
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit			X
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	30	111	13